

Was trieb Frau A. K. ins Stadtzentrum?

Es wären eine ganze Menge ehrenwerter Gründe denkbar, warum Frau A. K. aus Wurzen am vergangenen Montagabend in der Leipziger Innenstadt anzutreffen war. Sie ist jung und hat dementsprechende Einkaufswünsche oder will sich einen neuen Film ansehen oder in der Eisbar den Feierabend genießen. Zeit hat sie, denn sie nutzt nach der Geburt ihres zweiten Kindes das hierzulande mögliche „Babyjahr“.

Aber nicht solche ehrenwerten Gründe bestimmten den Weg der Frau, sondern ein höchst verurteilenswerter. Sie fuhr in eindeutig provokatorischer Absicht nach Leipzig, um gemeinsam mit Vertretern bestimmter Gruppierungen — darunter solche aus Halle, Dessau und Dresden — im Zentrum der Bezirksstadt die öffentliche Ordnung zu stören, die Ruhe und Sicherheit der Bürger anmaßend zu beeinträchtigen und auf Konfrontation mit unserem Staat DDR und mit unserer Gesellschaft zu gehen.

Das hatten Gruppen solcher Personen in den vergangenen Monaten schon einige Male versucht und hatten dazu im Januar schamlos auch das Gedenken an Karl Liebknecht/Rosa Luxemburg oder im März die Frühjahrsmesse mißbrauchen wollen. Jetzt also war zu diesem Zweck auch Frau A. K. angereist.

Alle Vorzüge genießen, aber unsere Gesellschaft negieren

Welche Unverfrorenheit gehört dazu, zu Hause alle Vorzüge zu genießen, die unsere Gesellschaft den Bürgern und insbesondere den Familien zukommen läßt und dann auf der Straße entgegen allen gesellschaftlichen Normen die Leistungen und Errungenschaften dieser sozialistischen Gesellschaft in den Straßenstaub treten zu wollen! Frau A. K. konnte sich in einer dreijährigen Lehrzeit auf den gewünschten Beruf vorbereiten. Sie bekam einen Arbeitsplatz als Facharbeiter in einem Betrieb. Sie erhielt bei der Geburt des zweiten Kindes eine bezahlte Freistellung von einem Jahr. Sie bekam bei Erkrankung der Kinder Unterstützung zu deren Pflege.

Bestimmt wird der Frau gleichermaßen bekannt sein, daß sie im anderen deutschen Staat, den sie für lebenswerter hält, ein solches Umsorgtsein, eine solche Fürsorglichkeit, eine solche soziale Geborgenheit für sich und ihre Kinder nie erwarten kann. Aber sie gesellte sich dennoch zu denen, die ihr Heimatland DDR auf Leipzigs Straßen verketzern und beleidigen wollen und darüber hinaus die öffentliche Ruhe und Ordnung stören. Diese Unruhestifter setzen sich mit ihrem Treiben in voller Absicht über die bei uns gültigen Normen des Zusammenlebens und über Rechtsnormen hinweg. Sie haben — das gilt auch für Frau A. K. — die Folgen ihrer provokatorischen Handlungen selbst zu verantworten.

Diese Leute werden zu willkommenen Handlangern jener Kräfte in der BRD, die unsere sozialistische DDR von innen heraus so langanhaltend und tiefgreifend „reformieren“ wollen, bis die Agonie eintritt und vom Sozialismus nichts mehr übriggeblieben ist. Genau das ist ihr Ziel, seitdem es die DDR gibt und seitdem dieses Land ein neues Kapitel deutscher Geschichte schreibt.

Natürlich sagen das die Gralshüter des kapitalistischen Systems nicht immer so offen und so unverblümt, wie sie es 1949 oder im Juni 1953 oder vor dem 13. August 1961 gesagt und geschrieben haben. Aber ihre erklärte Absicht ist es geblieben, sich im Gegensatz zu allen internationalen Verträgen und Verbindlichkeiten in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischen zu wollen. Das ist Ausdruck ihres anmaßenden Alleinvertretungsanspruchs, der längst in die Mottenkiste der Geschichte gehört, von Bonner Politikern aber entgegen den Realitäten immer wieder rausgezerrt wird. Und dazu bedienen sie sich

auch solcher Gruppen wie in Leipzig, denen sie empfehlen, sich „stärker in die inneren Angelegenheiten des Staates einzumischen“.

Die so reden und so handeln, scheinen übersehen zu haben, in welcher Vielfalt und mit welchem Tiefgang das Volk der DDR als Träger und Gestalter umfassender sozialistischer Demokratie sich einmischt, damit unsere gute, solide, stabile Entwicklung weiter voranschreitet. Mir ist nicht bekannt, daß es in der Bundesrepublik auch nur im entferntesten solche Möglichkeiten des Mitplanens, des Mitregierens, des Mitverwirklichens für die Werktätigen gibt.

An insgesamt acht Wahlveranstaltungen nahm ich vor dem 7. Mai teil, — von Zusammenkünften im kleinen Kreis der Etagenbewohner bis zur öffentlichen Wahlkreisberatung im überfüllten großen Saal. Dort hätten jene Leute, die sich auf eine den BRD-Ratgebern genehme Art mit ihren Provokationen in Leipzigs Zentrum in die inneren Angelegenheiten des Staates einmischen wollen, eine Lehrstunde produktiver, verantwortungsbewußter Einmischung kostenlos erleben und studieren können.

Leipziger Bürger fordern Ordnung, Ruhe und Sicherheit

Aber der A. K. und ihresgleichen geht es ja nicht um solcherart staatsbewußtes Verhalten. Sie suchen nicht die Kooperation mit den gesellschaftlichen Kräften, sondern die Konfrontation mit einer Gesellschaft, in der sie ohne Zukunftsangst aufwachsen konnten und in der sie in Friedensgewißheit und in sozialer Sicherheit leben können. Darauf legen sie es an. Begriffe, die sie auf der Zunge tragen — mehr Meinungspluralismus, mehr Offenheit, mehr Erneuerung, mehr Reisen — können darüber nicht hinwegtäuschen und machen aus Provokateuren keine Unschuldengel.

Von Unverständnis bis zur hellen Empörung über die Unruhestifter sind folgerichtig Briefe bestimmt, die Leipziger Bürger an staatliche Organe geschrieben haben und mit denen sie fordern, solche Umtriebe nicht zuzulassen. Einige Auszüge aus diesen Briefen:

Frau Ferber schreibt: „Wir älteren Bürger sind beunruhigt über die Ansammlungen vor der Nikolaikirche. Man fühlt sich belästigt und muß die Abendstunden meiden, durch die Innenstadt zu bummeln.“ Der Wohnbezirksausschuß 112 in Leipzig-Mitte fordert, „dem Treiben einiger Menschen Einhalt zu gebieten, die Ordnung und Sicherheit in unserem Wohngebiet stören. Unsere Bürger empfinden das als Belästigung und Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit im Zentrum unserer Stadt.“

Herr Urban fordert im Auftrag der Bürger seines Wohnbezirkes: „Stadtordnung und Straßenverkehrsordnung müssen komplexer und ohne Ansehen der Person durchgesetzt werden... Veranstalter müssen sichern, daß der Mißbrauch ihrer Veranstaltung verhindert wird.“ Weil ihm letzteres ausdrücklich am Herzen liegt, schickte Herr Urban einen Durchschlag seines Briefes zugleich an Herrn Superintendent Magirus mit dem Hinweis, „daß der Ruf der Stadtkirche St. Nikolai in letzter Zeit mehrfach durch Menschen belastet wurde, die die Kirche für persönliche und teils provokatorische Handlungen nutzen“.

Wir haben volles Verständnis für das Bedürfnis der Leipziger Bürger und ihrer Gäste, ungestört und in harmonischer Ruhe auch in den Abendstunden unser schönes Stadtzentrum genießen zu wollen, Einkäufe zu erledigen oder auf Freisitzen der gastronomischen Einrichtungen Entspannung zu suchen. Der jetzt beginnende „Leipziger Sommer“ mit seinen vielen Veranstaltungen weckt solche Bedürfnisse erst recht. Sie wollen dabei von Frau A. K. und ihresgleichen nicht gestört und nicht belästigt werden.

RUDOLF OTTO